



Breisach, den 17.12.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gemeinderatskollegen, liebe Zuhörer,
nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz die Schuldenbremse nicht mehr einzuhalten bereit war, wurde ihm gestern das Vertrauen nicht mehr ausgesprochen. Wir befinden uns vor vorgezogenen Neuwahlen. An historisch denkwürdigen Punkten wie diesem steigt das Bedürfnis nach einer Ortstbestimmung der Gegenwart. Die Haushaltspolitik lag im Bund noch bis Mitte der 1960er Jahre in den Händen der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft und war in Ordnung. Der Grundgedanke lautete, die Staatsausgaben zu begrenzen, damit auch die Besteuerung. Arbeiten sollte sich lohnen und die Wirtschaft vital bleiben. Die Staatsausgaben galt es für Ludwig Erhard zudem zu zügeln, um in schlechten Zeiten Strukturausgaben tätigen zu können, ohne in die Verschuldungsfalle zu geraten. Er prägte den Begriff vom „Maßhalten“. Erhard wurde damals ausgelacht, nicht nur von der SPD, auch bis in die Reihen der CDU hinein. Heute sitzen wir mitten drin, in der Verschuldungsfalle.

Die Situation ist mit Blick auf den Haushalt 2025 für Breisach auch nicht erbaulich. Für den Ergebnishaushalt 2025 wird ein Minus von 40.700 Euro erreicht [nach letzten Änderungen 60.700 Euro], auch „rote Null“ genannt. Das ist die Ausgangslage für die zu tätigen Investitionen, die es haushalterisch betrachtet eigentlich gar nicht mehr geben dürfte. Entsprechend wächst der Schuldenberg mit dem Investitionsbedarf. Die Summe ist beachtlich: Es kommen 14.000.000 Euro Schulden hinzu. Das ist fast die Hälfte der absoluten Schulden, die auf 32.600.000 Euro anwachsen werden.

Der größte Einzelposten gilt der Julius-Leber-Schule mit 7,5 Millionen Euro zuzüglich 2,9 Millionen Euro für Interimscontainer für die Mensa. Kindergarten Vaubanstraße

1,5 Millionen Euro, Naturkindergarten Gündlingen 400.000 Euro. Zumindest die Eigenverantwortung der Eltern im Sinne der Selbstbetreuung der Kinder unter 3 Jahren könnte größer geschrieben, sprich unterstützt werden, nämlich als Stadt mehr für Betreuungsgelder an Eltern als für immer mehr Krippenplätze auszugeben. Das wäre einmal ein Fortschritt, auch für den Haushalt. Aber das wird ohne Rückenwind von Bund und Land nicht angestrebt. Von daher können wir die Ausgaben zwar mittragen, ohne sie aber als Ausdruck der Weisheit letzter Schluss zu werten. Die Zahlen sind noch schwindelerregender, wenn man die begonnenen Baumaßnahmen für Schulen und Kindergärten bis 2028 hochrechnet, was dann einen Gesamtbetrag von 47 Millionen Euro an Verpflichtungen ergibt.

Die Fassadensanierung am Museum (900.000 Euro), die Schänzletreppe und Münsterbergstraße erneuern 400.000 Euro. Stadt- und Stützmauern sanieren summiert sich 2025 auf 860.000 Euro und ist erst der Anfang. Was wäre auch die Alternative dazu? Mauern verfallen zu lassen, bis sie uns auf den Kopf fallen, wird niemand verantworten wollen. Vielmehr handelt es sich um historische Bausubstanz, die schützenswert ist. Leider muss hier auch noch vor Schmierereien geschützt werden, wenn man sich den Eckartsberg anschaut, wofür nach unserer Auffassung ein kleiner Betrag eingestellt werden sollte. Es sei hier ein Seitenblick in *die* Stadt der historischen Mauern erlaubt, nach Rom. In Rom gibt es für Großstädte typisch reichlich Schmierereien, aber die historischen Mauern sind davon verschont, entweder aus Respekt, das wäre erfreulich, oder weil man sie rasch entfernt und damit jede Schmiererei konterkariert, so dass es sich erst gar nicht lohnt, sich mit ihnen verewigen zu wollen. Sie, Herr Bürgermeister, haben vorhin gesagt, für die Beseitigung von Schmierereien sei im Haushalt immer schon etwas mit enthalten. Davon allerdings merkt man nichts, wenn man sich den Eckartsberg anschaut. Alles ist über die Jahre schlimmer geworden. Sie müssen Ihre Arbeit schlecht gemacht haben. So weit mein Tadel.

Dass es der Stadt Breisach an allen Ecken und Enden an Geld fehlt, wird deutlich und hat vor allem externe Gründe. Daran kann die Gemeinde selbst nichts ändern, sie hat

damit nur umzugehen. Was man Breisachs Gemeinderat in Gänze betrachtet anlasten kann, ist nur, zu wenig bei den kleinen Beträgen zu sparen, wo das möglich wäre, also bei den freiwilligen Leistungen wie dem Klimamanagement. Der Wind dreht sich hier längst, weil deutlich wird, dass die Energiewende den Verbrauchern und der Wirtschaft den Rest gibt, weil sie zu teuer wird und nicht hinreichend funktioniert. Oder andersherum, weil die Energiewende nicht hinreichend funktioniert, wird sie teuer. Stattdessen werden zusätzliche Wünsche artikuliert, Breisach möge in die Photovoltaik noch mehr investieren als nur die vorgesehenen 30.000 Euro bei der Kläranlage, 100.000 Euro bei der Abrollbehälterhalle, 120.000 Euro bei der Schule Gündlingen und 200.000 Euro bei der Lärmschutzhalle. Der entsprechende Antrag der Grünen will zusätzlich jährlich 100.000 Euro für Photovoltaikanlagen. Erst einmal müsste auch das schuldenfinanziert werden. Selbst wenn sich das betriebswirtschaftlich am Ende lohnt, Bürgermeister Rein bezweifelt das, wird damit kein grundlastfähiger Strom gewonnen, den wir brauchen, weil wir sonst immer wieder Strom importieren müssen und bei zu viel Sonnenstrom nicht gewinnträchtig los werden. Das zahlt alles der Verbraucher. So macht man die Gesamtrechnung ohne den Wirt. Das war auch das Problem der Bundesregierung. Das ist keine grundlastfähige Stromerzeugung, was hier entsteht. Bei der Geothermie sähe das anders aus, hier wäre die zu gewinnende Wärme wetterunabhängig. Aber das geht an Breisach vorbei, auch steuerlich, weil der Zuschlag nach Hartheim geht. Umso mehr gilt es aus unserer Sicht, die Wärmegewinnung aus dem Rhein anzuvizieren. Andere gehen da voran, Mannheim, aber auch aus dem Bodenseeraum gibt es Medienberichten zufolge entsprechende Pläne. Dafür ist noch kein Geld einzustellen, eine privatwirtschaftliche, auch genossenschaftliche Initiative zu ermöglichen, wäre hier anzuvizieren. Sonst drohen wir eine Entwicklung zu verschlafen.

2025 gilt es, die Innenstadt mit Verkaufsläden zu beleben. Hier hoffen wir auf gute Ideen, die umzusetzen nicht viel kosten. Die Stadt wird sich als Investor aber in Zurückhaltung üben müssen. Das war beim Veloverleihsystem mit knapper Mehrheit die richtige Entscheidung, hierfür kein Geld in die Hand zu nehmen. Fragwürdig sind

Doppelausgaben, einmal für einen sicher großzügig geförderten Sportpark bei gleichzeitiger Finanzierung von Karten für die Nutzung von Fitnesscentern zugunsten der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, nach der Devise: doppelt hält besser. In Zeiten wie diesen sollte, wenn schon, eine der beiden Ausgaben für sportliche Betätigungen ausgewählt werden, sonst muss man den Eindruck gewinnen, der Ernst der Finanzlage wurde noch nicht begriffen. 250.000 Euro für ein dynamisches Parkleitsystem erscheinen bei dem Schuldenstand, der sich auftürmt, auch in einem anderen Licht, sinnvoll ist es an sich gleichwohl.

Es gibt also den einen oder anderen Posten im Haushalt, den wir wegen der Schuldenspirale eingespart haben möchten. Das mögen die sprichwörtlichen Peanuts sein. Aber auch mit Peanuts kann man, um im Bilde zu bleiben, zunehmen, wenn man sich zu viele von ihnen gönnt. Um unsere Ernsthaftigkeit in der Kritik zu unterstreichen, stimmen wir mit Nein. Wir verbinden damit für die Zukunft die Erwartung, öfters Vorschläge zu hören, wo Einsparungen möglich sind, wo verlockenden Förderangeboten entsagt wird. Denn zu jeder Förderung muss man etwas aus dem eigenen Haushalt hinzugeben.

Ich komme zum Schluss: Es stimmt, wenn Oliver Rein bei der Haushaltsvorstellung sagte, dass Licht am Ende des Tunnels nicht in Sicht sei. Aber was folgt daraus? Es wäre Ausdruck einer „zynischen Vernunft“ (Peter Sloterdijk), es könnte so fortgefahren werden wie gewohnt, um hier und da noch ein paar Peanuts zu naschen. Weniger Peanuts wären mehr für die finanzielle Gesundheit der Stadt, die mit dem Haushalt 2025 bei einem Pro-Kopf-Schuldenstand von über 2.000 Euro eigentlich eine Rosskur nötig hätte. Vielen Dank an die Verwaltung und für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr

Volker Kempf, Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Breisach